



Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

erscheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Anzeigen, die viergespaltene
Beitragseite 20 Pf.
Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungspreislifte Nr. 2304.
Redaktion und Expedition:
Berlin O.,
Münchebergerstr. 15.

des Gewerksvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Duncker).

Nr. 28. Berlin, den 13. Juli 1900. XI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an H. Wastke, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, Geldsendungen an E. Gahner, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, zu adressieren.

Die Sozialpolitik in Frankreich.

Frankreich erfreut sich bekanntlich eines sozialdemokratischen Handelsministers. Ob Monsieur Millerand ein Mann nach dem Herzen unserer Liebknecht-Singer-Webel ist, oder ob er sich mehr zu Schönlanke-Bollmar-v. Elm hält, wissen wir nicht. Auf jeden Fall klebt er sich die Firma „Sozialdemokrat“ auf. Von der Taktik der „schwierigen Faust“ will Herr Millerand natürlich nichts wissen, aber er ist ein Mann der Reformen und unter seinem Regime hat die Sozialpolitik in Frankreich immerhin Fortschritte gemacht. Die „Zielbewußten“ jenseits der Vogesen zucken dann auch mitteilidig die Achseln über die „Harmonieduselei“ des „Auch-Sozialisten“ Millerand. Jetzt hat derselbe über den internationalen Arbeiterschutz und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine Stellung eingenommen, die jeder verständige Sozialpolitiker nur billigen kann. Nur die „Zielbewußten“ werden spöttisch lächeln, — es ist ein Jammer, daß kein „Genosse“ mehr die „Traute“ hat, auf's Ganze zu gehen. . . .

Doch zur Sache:
Im vorigen Jahre schon hatte in der französischen Deputiertenkammer der gemäßig liberalen Abgeordnete und Großindustrielle Motte aus Roubaix das formelle Ersuchen an die Regierung gerichtet, mit auswärtigen Regierungen amtliche Verhandlungen anzuknüpfen, um eine gleichartige Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie der hauptsächlich Produktionsländer zu erlangen. Kurze Zeit darauf beantragte im Senat der liberale Senator Waddington, Besitzer großer Spinnereien in Rouen, eine Wiederholung der Berliner Arbeiterschutzkonferenz. Jetzt hat der sozialistische Abg. Baillant seinen Handelsminister-Gefinnungsgenossen über die Maßnahmen interpelliert, welche die Regierung ergreifen wolle, wenn nach Beendigung der Weltausstellung die zu erwartende Arbeitslosigkeit in die Erscheinung trete. Diese Interpellation führte zu bemerkenswerthen Erörterungen über den internationalen Arbeiterschutz und zeitigte auch eine wichtige Erklärung des Handelsministers Millerand.

Bei der Begründung der Interpellation zählte Baillant die Zusammenhänge auf, in welchen die aus den Produktionskrisen sich ergebende Arbeitslosigkeit mit dem internationalen Wettbewerb auf dem Weltmarkt stehe, und wies auf die Vortheile hin, welche durch eine Ausgleichung der Arbeitsverhältnisse in den konkurrierenden Staaten für die Stetigkeit der Produktion und damit für die Arbeiter erzielt werden könnten. Mit Bezug hierauf erinnerte der Interpellant an die Berliner internationale Arbeiterschutzkonferenz von 1890, die leider nicht die erwarteten Ergebnisse gehabt habe, sowie an den gescheiterten Versuch der Schweiz im Jahre 1897, eine internationale Konferenz zur Gründung eines internationalen Bureaus für Arbeitsstatistik und Arbeiterschutzgesetzgebung zusammenzubringen, um daran den Vorschlag zu knüpfen, die französische Regierung möge die Weltausstellung zur raschen Einberufung einer internationalen Konferenz

benutzen, welche sich mit den beiden Vorschlägen der Schweiz zu beschäftigen hätte.

Zu seiner Erwiderung berührte der Handelsminister Millerand diesen Punkt — wir folgen hier einem Bericht der „Sozialen Praxis“, — mit folgenden Worten:

Der Interpellant sprach vom internationalen Arbeiterschutz. Ich habe bereits Gelegenheit gehabt, der Kammer mitzutheilen, daß ich mich der Idee des Hrn. Motte, eine internationale Konferenz zur Beseitigung der Nachtarbeit in der Textilindustrie einzuberufen, bemächtigt habe. Ich ersuchte meinen Kollegen vom Ministerium des Auswärtigen, wenigstens bei einzelnen der fremden Regierungen vertraulich anzufragen, wie sie sich zu einer solchen Konferenz verhalten würden. Verschiedene Antworten sind bereits eingelaufen; es wird indessen niemand überraschen, wenn ich sage, daß man sich an einer Menge von Schwierigkeiten stößt. Aber neben diesen, auf einen besonderen Gegenstand beschränkten Konferenzen, wird in wenig Wochen in Paris ein Kongreß abgehalten werden, der trotz seinem privaten Charakter nicht weniger ein sehr großes und praktisches Interesse hat. Es ist der Internationale Kongreß für gesetzlichen Arbeiterschutz. Auf seiner Tagesordnung steht die Schaffung eines internationalen Amtes für Arbeiterschutzgesetzgebung. Was uns anbelangt, so würden wir es mit dem größten Vergnügen sehen, wenn diese Institution gegründet würde, und wir wissen, daß andere Regierungen es gleichfalls mit günstigem Auge sehen würden. Wenn man die Vorgänge der letzten zwanzig Jahre betrachtet, so bemerkt man, daß sich eine internationale Schutzgesetzgebung nach und nach von selbst bildet; sie entsteht nicht durch Veranstaltung von (amtlichen) Konferenzen, welche, so nützlich sie sind, nicht immer zu praktischen Resultaten führen, sondern durch die Kenntniß dessen, was auswärts geschieht, durch jene Art Anziehungskraft, welche die an irgend einer Stelle der Welt durch Reformen erlangten Erfolge auf die anderen Völker ausüben. Ich glaube daher, daß die Schaffung dieses privaten Arbeiterschutzamtes von größtem Nutzen sein kann für die Verwirklichung der sozialen Reformen, und ich brauche nicht zu wiederholen, daß wir unsererseits ganz bereit sind, soweit es von uns abhängt, alles zu thun, seine Errichtung zu fördern.

Der vom französischen Handelsminister erwähnte Kongreß privaten Charakters ist der für die Zeit vom 25. bis 29. Juli einberufene Kongreß für den gewerblichen Arbeiterschutz, der im Miuse Sozial zusammenzutreten und zur Gründung eines internationalen Arbeiterschutzamtes führen soll. Daß dieser Kongreß, für den von deutscher Seite besonders der frühere preussische Handelsminister Fehr. v. Berlepsch, die Professoren Brentano, Schmoller, Franke, Gize u. s. w. thätig sind, sich der Unterstützung der französischen Regierung erfreut, beweist schon die Thatsache, daß das französische vorbereitende Komitee die betreffenden Ressortchefs im Handelsministerium zu aktiven Mitgliedern zählt.

Bei der oben erwähnten Interpellationsbeantwortung erklärte Minister Millerand noch, daß das von der Schweiz erstrebte internationale Arbeiterschutzamt viel leichter durch den Pariser privaten internationalen Arbeiterschutzkongreß zu gründen sein werde, als durch eine amtliche Konferenz, deren Einberufung viele Hindernisse im Wege ständen. Von der Propaganda dieses Arbeiterschutzamtes sei viel Nutzen zu erwarten.

Was dann die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit betrifft, so hatte der Abg. Bailliant außer dem internationalen Arbeiterschutz zur Ausglei chung der Produktionsverhältnisse auch die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen. Minister Millerand erwiderte darauf, daß der von ihm völlig reorganisierte oberste Arbeitsrath durch seinen ständigen Ausschuß bereits mit Erhebungen über die Arbeitslosenversicherung begonnen habe und sich in seiner nächsten Session eingehend mit der Frage beschäftigen werde. Zunächst sei unter Zuziehung des Verbandes der Arbeitsbörsen und der Gewerkschaften, die ja mit allen Mitteln gefördert würden, ein centrales Arbeitsnachweissbureau, das von der Regierung subventionirt werde, geplant, und das seinen Wirkungskreis auf das ganze gewerbliche Leben ausdehnen solle. Das Bureau solle alle Nachrichten über den Arbeitsmarkt centralisiren, die Stellenangebote systematisch zusammenstellen und in Form eines Plakates an alle Arbeitsbörsen versenden. Zu mäßigen Preisen könnten sich auch die einzelnen Gewerkschaften darauf abonniren.

Die sozialpolitische Bilanz

Der letzten Reichstagsession zieht Prof. Franke in einem längeren Artikel der „Sozialen Praxis“. Er führt aus, daß im Parlament eine große und entschlossene Mehrheit für thatkräftige Förderung einer arbeiterfreundlichen Politik vorhanden gewesen sei. Auch die Sozialdemokraten seien zu positiver Mitarbeit bereit gewesen. Der Eifer des Reichstages habe seine Wirkung auf die Regierung nicht verfehlt und so sei man auch wiederum ein gut Stück vorwärts gekommen. Der Herr Professor schreibt:

„Die Novellen zur Unfallversicherung bedeuten eine wesentliche Verbesserung und Erweiterung dieser segensreichen Institution, die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung versuchen nicht nur den größten Mißbräuchen im privaten Stellennachweis zu steuern, sondern sie bahnen auch, freilich sehr schüchtern, eine weitere Regelung der Konfessionsheimarbeit an und, was die Hauptsache ist, sie vollziehen die grundsätzlich höchst bedeutsame Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Handelsangestellten in offenen Ladengeschäften. Endlich aber bleibt als Errungenschaft dieser letzten Session die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine, die für die gewerkschaftliche Bewegung von größter Bedeutung ist; doppelten Werth erhielt diese Einlösung eines alten Versprechens durch die Thatsache, daß sie wenige Wochen nach dem Begräbniß der Arbeitswilligen-Vorlage erfolgte. Der todte Punkt ist überwunden, wir stehen wieder im sozialpolitischen Vormarsch. Regierung und Reichstag scharen sich auf's Neue um das Banner der Sozialreform.“

Freilich, so heißt es in dem Artikel weiter, sind noch manche Hindernisse zu beseitigen und auch Stockungen und Rückschläge werden wohl nicht ausbleiben. Verschiedene Reformen seien unter den Tisch gefallen, so die zu spät eingebrachte Seemannsordnung.

„Für die vom Reichstag im Plenum und Ausschuß mit sehr großer Mehrheit angenommenen Forderungen, der Einrichtung von Arbeitskammern, der Einsetzung eines Arbeitsamtes, des Ausbaues der Gewerbegerichte, haben, so heißt es dann weiter, die Verbündeten der Regierung kein Wort der Ermunterung oder Zustimmung gehabt. Eben so wenig fanden die Bestrebungen um Förderung des paritätischen, gemeindlichen Arbeitsnachweises irgend welche Unterstützung. In der Wohnungsfrage hat der Reichstag einen kühl abweisenden Bescheid erhalten. Und vor allem den Kernpunkt aller Sozialpolitik, die Anerkennung der Arbeiterbewegung als eines naturgemäßen, mächtigen und heilsamen Entwicklungsprozesses für Staat und Volk — im Reichstage wird er nachdrücklich und überzeugt vertreten, aber die Verbündeten der Regierung verharren hier immer noch auf dem Standpunkt unbedingter Ablehnung. . . Wir sind gar nicht sicher, daß die Regierung nicht trotz der rühmlichen Erfahrungen, die sie seit dem Fall des Sozialistengesetzes mit der Repressionspolitik gemacht hat, es mit neuen Angriffen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und seine Ausübung versucht.“

Daß diese Befürchtung nur zu begründet ist, haben ja die in der Luft schwebenden Versuche erwiesen, gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter gesetzgeberisch vorzugehen. Auch die gegen den Geist der Reichsgesetzgebung verstößenden polizeilichen Maßregeln in Lübeck gegen die Streikposten sind hervorzuheben. Und doch hat, wie die erwähnte Zeitschrift feststellt, „die Organisation der Arbeitgeber in staatlichen, gewerblichen, privaten Vereinigungen eine solche Macht erlangt, daß es im eigenen Interesse des Staates liegt, einerseits die Berufsvereine der Arbeiter zu fördern oder doch zum Mindesten ihrer Entwicklung freies Spiel zu gewähren.“ Gerade jetzt erhebe sich ja immer lauter der Ruf nach den neutralen, unpolitischen Gewerkschaften bei den Arbeitern aller Schattirungen. Auch Vergleiche und Schiedssprüche träten immer mehr an die Stelle erbitterter Streiks und Aussperrungen. Diese erfreuliche Entwicklung müsse die Regierung unterstützen, in dem sie die Existenz wohlgeordneter Organisationen ermögliche und ferner geeignete Institutionen zur Aussprache und Vermittlung schaffe. Aber die Regierungen verstünden und beherzigten nicht die berechtigte Sprache, welche die Erfolge der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker auf der einen und des Berliner Gewerbegerichts auf der anderen Seite führen. Und so müsse immer wieder die schon immer ausgesprochene Ansicht wiederholt werden, „daß ohne die Verwirklichung der Koalitionsfreiheit und die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter alle sonstigen noch so segensreichen Maßnahmen der Sozialreform nur Stückwerk bleiben.“

Rundschau.

Bei der Firma „Weinreis“, Billardfabrik zu Köln a. Rh., sind, wie von dort berichtet wird, Differenzen mit den Arbeitern ausgebrochen, wonach unsere Kollegen sich richten mögen.

Die Kosten der Handwerkerkammern kann der Handelsminister, wenn er will, den Kommunalverbänden aufhalsen. Die Befugniß hierzu giebt ihm das Gesetz. Aber der Minister will von denselben keinen Gebrauch machen. Das erachten wir für ganz in der Ordnung, denn wir meinen, daß die Handwerkerkammern ihren Etat durch Umlagen selbst aufbringen sollten. Sollen die Kosten von den Kommunalverbänden getragen werden, so werden diese die Stats prüfen und gegen Positionen, die ihnen zu hoch dünken, z. B. gegen die dem Vorstände zugebilligte Entschädigung oder gegen die Tagegelder der Kammermitglieder, Einspruch erheben. Die Vorstände der Handelskammern der Provinz Westfalen denken darüber anders; sie haben in einer Konferenz, die sie kürzlich in Hannover abhielten, folgenden Beschluß gefaßt: „Die Vorstände der westfälischen Kammern werden in einer Resolution an den Herrn Minister ihrer bitteren Enttäuschung über die getroffene Verfügung und über die von ihnen erblickte Zurücksetzung des Handwerks Ausdruck geben und in einer gemeinsamen Eingabe um Zurücknahme der erlassenen ministeriellen Verfügung dringend vorstellig werden.“ — Hoffentlich giebt der Minister nicht nach, denn wenn jede Interessengruppe aus dem Säckel der Allgemeinheit leben will, dann muß schließlich der armen Steuerzahlern doch noch das Fell über die Ohren gezogen werden.

Schließung einer Innung. Eine der Voraussetzungen, unter denen die Schließung einer Innung durch die höhere Verwaltungsbehörde ausgesprochen werden kann, ist laut § 97 Abs. 4 der Gewerbeordnung:

„Wenn die Zahl ihrer Mitglieder soweit zurückgeht, daß die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben dauernd gefährdet erscheint.“

Auf Grund dieser Bestimmung hatte der Landrath in Steinau a. O. als Aufsichtsbehörde der dortigen Dachdeckerinnung deren Schließung im Wege der Verwaltungsklage beim Breslauer Bezirksauschluß beantragt mit der Begründung, daß diese Innung zu wenige Mitglieder zähle und zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben auf dem Gebiete des Lehrlingswesens oder zu sonstiger Förderung des Gewerbes so gut wie nichts gethan habe. Die Innung zähle nur zehn Meister, von denen keiner Lehrlinge halte, und die überdies in weit auseinander liegenden Ortschaften, zum Theil sogar in der Provinz Posen wohnen; der Obermeister selbst wohne in Raschewen bei Witzig. Schon hierdurch sei ein Zusammenwirken zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben besonders erschwert, ja ausgeschlossen. — In der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirksauschluß in Breslau waren einige der Innungsmitglieder erschienen und gaben an, daß ihre Zahl inzwischen auf zwölf gewachsen sei und daß sie auch bereits ein neues Statut angenommen hätten. Der Beitrag den die Mitglieder entrichten, beträgt 1 Mk. 50 Pf. vierteljährlich. Auf die Frage des Vorsitzenden, was denn mit den gesammelten Beiträgen geschehe, antwortete einer der Meister: „Das wird verbraucht wenn wir gemüthlich beisammen sind.“ Der Gerichtshof erkannte auf Schließung der Innung. Diese Entscheidung sei lediglich aus der Erwägung heraus erfolgt, daß die Innung gar keinen gesetzlichen Zweck erfülle. Im Uebrigen aber stehe der Bezirksauschluß durchaus auf dem Standpunkt, daß die Innungsgebilde eine sehr wünschenswerthe und heilsame Einrichtung seien, zumal in Anbetracht der ihnen jetzt erteilten verschiedenen Berechtigungen. Aber gerade deshalb sei es auch unbedingt erforderlich, daß sie auch wirklich irgendwelche ihrer Zwecke erfüllten. Der hier allein verfolgte Zweck aber, die Verwendung der Beiträge auf ein Glas Bier und ein fröhliches Beisammensein, habe keine gesetzliche Grundlage. Ueberhaupt würden jetzt die Verhältnisse der Innungen etwas schärfer beurtheilt werden müssen, weil gleichzeitig gewisse Rechte wahrzunehmen in der Lage seien. Sobald die Innung sich wieder zusammenschleße, Lehrlinge halte und die Verfolgung eines gesetzlichen Zweckes nachzuweisen in der Lage sei könne ja auf ihren Antrag ihre erneuerte Konstituierung erfolgen.

Der städtische Arbeitsnachweis in Breslau. Die „Blätter für das Breslauer Armenwesen“ berichten über den Arbeitsnachweis der Hauptstadt Schlesiens und erwähnen besonders seine Beziehungen zur Armenpflege. Da der Arbeitsnachweis arbeitsfähigen Personen welche bereits arbeitslos sind oder denen Arbeitslosigkeit droht, Arbeitsgelegenheit vermittelt, schützt er auch viele Leute vor Armenunterstützung, die sonst gewährt werden müßte.

Der Arbeitsnachweis hat in den ersten drei abgeschlossenen Jahren seines Bestehens folgende Resultate aufzuweisen; In der männlichen Abtheilung betrug die Zahl der gemeldeten offenen Stellen in dem Geschäftsjahr 1896/97: 3954, in dem Geschäftsjahr 1897/98: 5194, in dem Geschäftsjahr 1898/99: 5507. Die Zahl der StellungsSuchenden 1896/97: 5873, 1897/98: 7986, 1898/99: 8316 und die Zahl der zu Stande gekommenen Vermittelungen 1896/97: 3591, 1897/98: 4228, 1898/99: 4665; in

der weiblichen Abtheilung: die Zahl der gemeldeten offenen Stellen in dem Geschäftsjahr 1896/97: 2078, in dem Geschäftsjahr 1897/98: 3676, in dem Geschäftsjahr 1898/99: 4986, die Zahl der Stellungsuchenden 1896/97: 1595, 1897/98: 2938, 1898/99: 3159, die Zahl der zu Stande gekommenen Vermittlungen 1896/97: 1552, 1897/98: 2704, 1898/99: 3654

Ergiebt sich aus vorstehenden Zahlen einerseits das an sich erfreuliche Resultat, daß der Arbeitsnachweis immerhin in einer stattlichen Anzahl Fällen seinen Zweck erreicht hat, so beweist andererseits die von Jahr zu Jahr gestiegene Benutzung sowohl durch die Arbeitgeber, als auch durch die Arbeitnehmer, daß beide Theile mit seinem Funktioniren zufrieden sind. Auch die bisherigen Ergebnisse des vierten Geschäftsjahres weisen eine erhöhte Frequenz auf, und rechtfertigen die Annahme, daß der Arbeitsnachweis eine fortgesetzt wachsende Beachtung findet.

Bedauerlich ist es, daß in der weiblichen Abtheilung die Dienstbotenvermittlung trotz fortgesetzter Versuche, dieselbe zu heben, nicht in dem Umfange geschieht, als dies im Interesse beider kontrahirenden Parteien wünschenswerth wäre. Es ist eine hier, wie anderwärts fortgesetzt zu beobachtende eigenthümliche Erscheinung, daß die Dienstmädchen, statt den ihnen behördlicherseits gebotenen kostenlosen Arbeitsnachweis aufzusuchen, es immer wieder vorziehen, sich mit den gewerbsmäßigen Gesindevermiettern einzulassen, und diesen für ihre Vermittlungsthätigkeit oft unverhältnißmäßig hohe Beträge zu zahlen. Die Verhältnisse, die gerade bei der gewerbsmäßigen Gesindevermittlung so häufig zum Nachtheile sowohl der Arbeitgeber, als noch in höherem Maße der Arbeitnehmerinnen in die Erscheinung treten, sind zur Genüge bekannt und bedürfen hier keiner weiteren Erörterung. Aber trotz aller Klagen, die über das gewinnjüchtige Treiben vieler Gesindevermieter gehört werden, wenden sich Dienstmädchen und auch Dienstherrschaften immer wieder an solche, statt den kostenlosen städtischen Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen, obwohl dieser schon durch die verständige Leitung der in der weiblichen Abtheilung beschäftigten Kraft eine gute und sachgemäße Vermittlung gewährleistet.

Die Berichte der Handwerkskammern laufen nach und nach ein. Vor Kurzem ist auch der der Handelskammer von Schweidnitz erschienen. Es ist der fünfzigste, welchen diese Handelskammer herausgibt. Wir lesen in demselben:

Auch im Jahre 1899 ist die Lage der Industrie des Handelskammer-Bezirktes im Allgemeinen eine günstige gewesen; der seit dem Jahre 1895 stattgefundenen Aufschwung hat auch in diesem Jahre keine nennenswerthe Unterbrechung erlitten. Der Textil-Industrie, die im Handelskammer-Bezirkte eine herrschende Stellung einnimmt, hat das Jahr 1899 noch keine ruhige Entwicklung gebracht, und zwar vor Allem deshalb, weil im zweiten Halbjahre die Rohmaterialien, Flach und Baumwolle, ganz unerwartet und außerordentlich stark gestiegen sind.

Ueberhaupt zeichnet sich das Jahr 1899 durch eine sehr bedeutende Steigerung der Preise für Hilfs- und Rohmaterialien in fast allen Industrien aus. Von der größten Bedeutung ist dabei die Steigerung der Kohlenpreise. Der Bezirk ist glücklicher Weise von Streiks der Bergarbeiter frei geblieben, vielleicht in Folge einer verständigen, wirtschaftlichen Gebahrung der Kohlenproduzenten, die es vorzogen, die Wünsche ihrer Arbeiter zu befriedigen, und sich die Mittel dazu von den Konsumenten einzuholen, als sich in Lohnkämpfen mit ihren Arbeitern einzulassen.

Die durchgehende Preissteigerung aller Hilfs- und Rohstoffe ist bei dem dauernd wachsenden Verbrauch der meisten Fabrikate eine ganz natürliche Erscheinung. Sie beginnt mit der Preiserhöhung für Artikel, welche nicht hinreichend geliefert werden können, und steigert sich dadurch, daß die Fabrikanten mehr Arbeiter heranzuziehen suchen, was in der Regel nur durch Lohn-Erhöhungen möglich ist, die wiederum eine Erhöhung der Fabrikpreise erfordern. In vielen Artikeln wird bei steigendem, nicht ganz zu befriedigendem Bedarfe der preisregulirende Faktor der Konkurrenz ausgeschaltet, und an seine Stelle tritt die Koalition der Fabrikanten. Alle diese Faktoren veranlassen allmählich eine durchgehende Preissteigerung aller Artikel, denen eine Steigerung der Arbeitslöhne folgen muß. In dieses Stadium ist die Industrie jetzt eingetreten.

Die Anzahl der im Bezirke aufgestellten mechanischen Webstühle betrug Ende 1899 9104, gegen 8863 Ende 1898; im Betriebe waren davon durchschnittlich 8835 Stück.

Die Handwerker-Bevölkerung des Bezirkes hat wiederum eine erhebliche Verminderung erfahren, und zwar von 5721 Personen auf 5267, also um 454 Köpfe. Im Februar 1896 betrug die Zahl der Handwerker noch 7300; sie ging zurück im Jahre 1896 auf 6759, im Jahre 1897 auf 6310 im Jahre 1898 auf 5721 und im Jahre 1899 auf 5267; der Rückgang während der letzten vier Jahre, wo sich die Verminderung am stärksten bemerkbar machte, betrug demnach 2033 Köpfe oder rund 27,85 Proz.

Das Reichsversicherungsamt hatte in einem Rundschreiben vom 5. Februar d. J. bestimmte Grundsätze über die Hergabe von Darlehen für Arbeiterwohnungen von Seiten der Versicherungsanstalten aufgestellt. Da jedoch jene Grundsätze, insbesondere soweit sie die Frage der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden betreffen, vielfach zu irrthümlicher Auffassung Anlaß gegeben haben, hat das

Reichsversicherungsamt jetzt sich über diese Frage noch einmal in eingehender Weise ausgesprochen.

Es wird vom Reichsversicherungsamt anerkannt, daß „eine das Maß des Nothwendigen überschreitende Hervorkehrung des Aufsichtsrechtes die Sache selbst nicht fördern würde und zum Mindesten geschäftliche Unzuträglichkeiten im Gefolge haben könnte.“ Hierhin würde es zum Beispiel gehören, wenn das Reichsversicherungsamt die Einholung der Genehmigung für alle Einzeldarlehen oder selbst nur für solche größeren Betrages fordern wollte. Das Reichsversicherungsamt will vielmehr nur den Rechtsgrundsatz festgelegt wissen, daß die Aufsichtsbehörde nicht auf eine ganz allgemein gehaltene, von jeder Prüfung der näheren Umstände ausgeschlossene Genehmigung in Pausch und Bogen beschränkt sei, sondern je nach der Vermögenlage der Anstalt, der Art ihrer Darlehensbedingungen und allen sonst wichtigen Umständen zu verfahren so berechtigt wie verpflichtet sei.

Im Uebrigen verwirft das Reichsversicherungsamt auf die von ihm in dieser Beziehung geübte Praxis. Während nur in der ersten Zeit zur Gewinnung eines Ueberblicks über die Art des Vorgehens bei einzelnen Vorständen eine Vorlegung von Einzeldarlehensanträgen gefordert wurde, ist alsbald die Genehmigung fernerer Anträge in weitem Rahmen erfolgt. So ist mehreren Versicherungsanstalten auf Grund allgemeiner Bedingungen die Bewilligung von Darlehen an kommunale Verbände bis zum Betrage von 800,000 Mark und darüber unter Abstandnahme von der Einreichung von Gesamtlageplänen und dergleichen genehmigt worden.

Ein merkwürdiger Prozeß, in dem leider ein Tischler eine wenig achtbare Rolle spielt, wurde vergangene Woche vor der Strafkammer in Jüterburg verhandelt. Vor derselben hatten sich wegen Beleidigung durch die Presse zu verantworten der Tischler Wilhelm Grassow aus Berlin und der Redakteur Küster aus Gumbinnen. G. wurde vor längerer Zeit vom Schwurgericht in Torgau wegen Brandstiftung zu 16 Monaten Gefängniß verurtheilt. Während er diese Strafe verbüßte, klagte seine Frau auf Ehescheidung, weshalb G. sich zu einem eigenartigen Racheakt hinreißen ließ. Er veröffentlichte in der „Preuß.-Vithauischen Ztg.“ drei Annoncen, durch welche er 5 Mark Belohnung Demjenigen zusicherte, der ihm den Aufenthalt seiner Frau nachweise oder dieselbe der Polizei zuführe, da sie des Giftmordes und der Brandstiftung verdächtig sei. Er wußte jedoch, daß sich seine Frau bei Verwandten in der Nähe von Gumbinnen aufhielt. Die Strafkammer verurtheilte G. zu sechs Monaten Gefängniß und den Redakteur, der die Annoncen vor dem Druck nicht gelesen haben wollte, zu 5 Mark Geldstrafe.

Ein Streik-Nachbild aus Amerika. Wir haben unsere Kollegen in den letzten Nummern der „Eiche“ über die Ausstände der Angestellten der Straßenbahnen in Deutschland berichtet. Drüben, jenseits des großen Wassers, zeitigt ein solcher Streik Zustände, vor denen uns der Himmel bewahren mag. Drüben herrscht die baare, blanke Anarchie. In St. Louis tobt ein solcher Lohnkampf. Man höre nur, wie es dort zugeht. Es heißt in einem Bericht, der auf Zuverlässigkeit Anspruch machen darf:

Der Erbitterung der Streikenden gegenüber, die sich in zahllosen Attentaten und Gewaltthaten Luft macht, steht die Hartnäckigkeit der Straßenbahn-Gesellschaft, welche sich entschieden weigert, zu dem behördlicherseits vorgeschlagenen Schiedsgericht ihre Vertrauensmänner zu ernennen, sowie die zügellose Brutalität und Mordlust der aus anderen Städten rekrutirten Streikbrecher, wahrer Strolche, welche auf den geringsten höhnischen Zuruf aus der erregten Volksmenge mit Revolvergeschüssen erwidern. Der Gewaltthatigkeiten geschehen so viele, daß die Chronik sie kaum mehr verzeichnen kann. Tagtäglich bilden sich drohende Volksaufen, welche die Trolleydrähte durchschneiden, Barricaden errichten und die verkehrenden Wagen attackiren oder in die Luft sprengen. Die Polizei ist machtlos, denn die reguläre Mannschaft, sowie die eingeschworenen 500 Hülfsheriffs genügen bei weitem nicht. Da schützen sich die Motorleiter und die wenigen Passagiere selbst, indem sie auf die Menge schießen. Aus einem Depot wurden 70 Pfund Dynamit gestohlen; die Wirkungen dieses Diebstahls zeigten sich alsbald, da vier Wagen durch Dynamit in die Luft gesprengt wurden. Tags darauf erfolgte eine heftige Explosion an der Ecke von Chamberstreet. Die Detonation war so stark, daß die Fensterscheiben aller Häuser in den benachbarten 15 Blocks zersprangen. Der Streik dauert bereits über einen Monat und noch ist kein Ende der Schrecken abzusehen.

Ein weiteres Kabel-Telegramm aus New-York berichtet, daß sich die Schreckensscenen wiederholten, als die Direktion zum ersten Male wieder den Versuch machte, nach Einbruch der Dunkelheit den Betrieb aufrecht zu erhalten. Es kam indeß wieder zu ernstem Unruhen. Die Wagen wurden mit Ziegeln und Steinen beworfen, zwei Wagen wurden durch Dynamitbomben zertrümmert. Es besteht keine unmittelbare Aussicht auf Beilegung des Ausstandes, in dessen Verlauf schon sieben Personen getödtet und Duzende verwundet wurden. Der Ausstand hat schon einen auf 20 Millionen Dollars geschätzten geschäftlichen Schaden hervorgebracht.

Für solche amerikanische Zustände müssen wir uns denn doch bedanken!

Aufruf

zur Errichtung eines Verbandshauses der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker).

Werthe Verbandsgenossen!

Mehr als dreißig Jahre sind verfloßen, seitdem der Grundstein gelegt worden zu dem idealen Bau der Deutschen Gewerkvereine. Und Hunderte von Jubelfesten in allen Gauen des Reiches haben Zeugnis abgelegt von der Begeisterung, von dem Vorwärtstreben, von dem Vertrauen auf die Zukunft, welche die Herzen aller Mitglieder und Freunde der freien nationalen Berufsorganisation erfüllen.

Da war es kein Zufall, sondern nothwendige Folge, daß zu derselben Zeit in zahlreichen Genossentreisen der Gedanke, die Sehnsucht nach einem eigenen Heim, nach einem Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine von Neuem und mit verstärkter Kraft erwachte. Tief wurde es empfunden, daß, nachdem fast ein Menschenalter in Mühe und Kampf an der Ausbreitung, Sicherung und Vervollkommnung des Organisationsbaues erfolgreich gearbeitet worden, jetzt die Zeit gekommen sei, dieses geistige Werk in einem räumlichen Bau würdig und für Jahrhunderte dauernd zu verkörpern.

Dem so liegt es in der menschlichen Natur und so äußert es sich seit Urzeiten in allen Ländern und Zonen; jede lebensvolle Gemeinschaft will ihre eigene Stätte haben, worin sie als Herrin nach ihrer Art unbefchränkt walten und sich bewegen kann. Das gilt ganz besonders auch von den Berufsvereinigungen. Noch heute zeugen stattliche Häuser von der Kraft der alten lokalen Gilden, Zünfte und Innungen. Und kaum sind die örtlichen kirchlich-sozialen Vereine und die sozialistischen Gewerkvereine erstarkt, so haben sie auch schon ihre Vereinshäuser entstehen lassen. Mit Handwerker-, Bildungs-, Konsum- und vielen anderen Vereinen ist es dasselbe.

Und nur die große und starke Berufsorganisation der Deutschen Gewerkvereine mit ihren 1700 Ortsvereinen und 90 000 Mitgliedern sollte zurückstehen? Sie, die die größten, unüberwindlich scheinenden durch Muth und Ausdauer überwundenen und in den meisten Arbeiterfragen bahnbrechend gewirkt hat, sollte zurückschrecken vor der verhältnißmäßig leichten Aufgabe der Erwerbung eines Hauses?

Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Genossen, es ist unsere dringende Aufgabe geworden, wie auf keinem anderen erspriechlichen Arbeitsgebiete, so auch hier von den Segnern und Nebenbuhlern sich nicht in den Schatten stellen zu lassen!

Aber nicht nur ideale, auch sehr praktische Gründe sprechen für das Verbandshaus. Unsere vielseitige Organisation braucht, wie nur irgend eine, einen Mittel- und Sammelpunkt für die hauptsächlichsten Vereinsthätigkeiten, für große und kleine Versammlungen und Sitzungen, für Verwaltungsbureaus, Arbeitsnachweis, Herberge, Geselligkeit u. s. w., und zwar ebenso für die Berliner wie für die auswärtigen Vereine und Genossen. Es ist nur ein Nothbehelf, und wahrlich kein schöner, daß selbst die obersten Organe der Gesamtorganisation auf recht mangelhafte und wechselnde Miethsräume angewiesen sind — daß der Genosse aus den Provinzen und Bundesstaaten, wenn er nach der Reichshauptstadt kommt, auf die Frage, wo er Unterkunft, Arbeitsnachweis und Verkehr mit Verbandsgenossen finde, entweder keine Antwort erhält oder die Adresse irgend einer beschränkten Gastwirthschaft.

Muß solcher Zustand, solches Mißverhältniß nicht das Ansehen der Organisation nach innen wie nach außen schwächen? Muß der fremde wie der einheimische Arbeiter, der die wohlgebauten Vereinshäuser der Gegner aller Richtungen sieht, aber vergebens nach einem solchen der Gewerkvereine späht, nicht enttäuscht und abgeschreckt werden? Umgekehrt kann es kaum eine wirksamere Agitation geben, als den Hinweis auf ein eigenes Verbandshaus, das seine nicht prunkhaften, aber angemessenen und behaglichen Räume allen Berliner und auswärtigen Genossen zu ernsten wie zu heiteren Zwecken gastlich öffnet? Wo man sich im Gemüth der Riesenstadt doch zu Hause fühlt unter gleichgestimmten Genossen?

Aber wenn das Ziel auch noch so schön und erstrebenswerth ist, ist es erreichbar? Stehen nicht unbefiegbare Hindernisse im Wege?

Werthe Verbandsgenossen, nach sicherer sachkundiger Feststellung läßt sich ein solches Haus in geeigneter Lage auf's Solideste mit 100 000 Mk. baarer Anzahlung (300 000 Mk. fester billiger Hypotheken) erwerben und herstellen. Das macht also knapp 1 1/2 Mk. pro Mitglied wenn Alle, 2 1/2 Mk., wenn die Hälfte, 5 Mk., wenn ein Viertel sich theiligen. Und das sollte nicht aufzubringen sein? Dabei wird der Beitrag — so willkommen auch Geschenke vermögender Mitglieder und Freunde zu dem Zwecke sind — von Niemandem als Opfer verlangt, nein, nur als sichere, verzinsliche Spareinlage. Durch Antheilscheine à 5 Mk., auf einmal oder allmählich einzuzahlen (Näheres s. unten!), soll das Kapital gesammelt und dem Centralrath zur Verwendung für das Verbandshaus übergeben werden. Diese Anlage ist nicht weniger sicher, als andere sehr häufige, und weit sicherer als die in allerhand Börsenpapieren, und überdies dient sie zur Ehre und zum Nutzen der Arbeiter und ihrer Organisation, was man von vielen anderen Anlagen der Arbeiterersparnisse nicht behaupten kann! Fürwahr, hier ist idealer und praktischer Vortheil in seltener Weise vereinigt — eine solidere und zugleich segensreichere Anlage kann es nicht geben!

In dieser Erwägung und Ueberzeugung hat der Centralrath, nach eingehender Vorberathung seiner Kommission mit großer Mehr-

heit beschlossen, der Errichtung eines Verbandshauses in Berlin näher zu treten und alle Verbandsgenossen und Freunde zu Einzahlungen freundlich und dringend aufzufordern.

Genossen, aus freiem Antrieb haben schon im vorigen Jahre zahlreiche Ortsvereine in Berlin und im ganzen Reiche sich hierzu bereit erklärt. Jetzt gilt es für diese, ihre Resolutionen zu betheiligen, für alle anderen aber mit ihnen und unter einander in thatkräftiger Betheiligung zu wetteifern. Beweiset, Deutsche Gewerkvereiner, daß die Quelle alles Heils, der Gemein Sinn, bei Euch noch reichlich fließt, daß Ihr das Wohl der theuren Organisation richtig erkennet und eifrig wahrnehmt. Jeder gebe nach seinen Kräften, und bald wird das Rathhaus der Deutschen Gewerkvereine stattlich und wohnlich erstehen, den Freunden zu Nutz, den Feinden zum Trug!

Daß die meisten Einzelnen unter uns Hausbesitzer werden, ist unmöglich, aber zusammen können wir es werden, können wir ein Heim gründen, das für die Gesamtheit eine Stätte der Belehrung, der Berathung, des Schutzes, der gemüthlichen Geselligkeit bildet und zugleich dasteht als ein Wahrzeichen unseres ganzen, der Wohlfahrt der Arbeiter gewidmeten Strebens und Schaffens. Wahrlich, Genossen, das scheidende Jahrhundert, in dem die Deutschen Gewerkvereine entstanden, kann den kommenden Jahrhunderten kein schöneres Vermächtniß hinterlassen, als ein aus gemeinsamen Mitteln errichtetes Verbandshaus — ein Denkmal, das den künftigen Geschlechtern Kunde giebt von der Begeisterung, der Thatkraft und der Eintracht ihrer Vorgänger, der heutigen Verbandsgenossen!

Berlin, 18. Mai 1899.

Centralrath der Deutschen Gewerkvereine.

Dr. Max Hirsch, Hugo Kamin,
Verbandsanwalt. Vorsitzender.

Ausführungsbestimmungen.

Die Einzahlungen können von 10 Pf. aufwärts an die Ortskassirer event. an eine dazu ernannte örtliche Vertrauensperson geleistet werden.

Die Einsendung der gezeichneten Beiträge an den Verbandskassirer **H. Klein, Berlin O., Andreasstr. 75,**

hat erst dann zu geschehen, wenn die Einzahlungen die Höhe von je 5 Mk. erreicht haben, wofür Antheilscheine ausgestellt werden.

Die Antheilscheine sind 5 Jahre unkündbar. Die Verzinsung geschieht erst nach Einzahlung von 5 Mk. und nach Schluß des Kalenderjahres der Einzahlung. Der Zinsfuß soll 3 pCt. betragen.

Das Bureau des Centralraths.

NB. Um Verlesung dieses Aufrufs in allen Ortsvereins- und Ortsverbandsversammlungen (am besten mit Auslegung von Zeichnungs-Listen), sowie um sonstige Verbreitung, insbesondere auch auszugsweise durch die lokale Presse, wird dringend gebeten. Sonderabdrücke als Flugblätter sind in gewünschter Zahl gratis vom Verbandsbureau erhältlich.

Technisches

Die Verwendung der amerikanischen Nuthölzer yellow-pine und cypress beim Schiffsbau sind ihrer Vorzüge wegen in Deutschland schon längst anerkannt, so daß man seit einigen Jahren in Norddeutschland angefangen, von diesen Hölzern auch beim inneren Ausbau von Gebäuden zu Fußböden, Thüren und Fenstern Gebrauch zu machen, namentlich ist yellow-pine in größeren Quantitäten zu stark benutzten Fußböden in Museen, Schulen, Kasernen, in Krankenhäusern, Eisenbahn- und Postgebäuden verwendet worden. Daß solches in dem kurzen Zeitraum weniger Jahre bei so vielen königlichen und anderen öffentlichen Bauten geschehen ist, findet seine Erklärung in den vorzüglichen Eigenschaften des Holzes und darin, daß nach Vichtung unserer älteren Waldungen es immer schwieriger wird, zu genannten Arbeiten befriedigendes Material zu beschaffen. Bei Verwendung heimischer Hölzer ist es geradezu unmöglich, den Splint, den unreifen, leicht vergänglichen Theil des Holzes, auszuschließen und durchweg kernige Waare zu erhalten, wie das vor 30—50 Jahren noch fast überall in Deutschland ausführbar war.

Die Vorzüge der amerikanischen Hölzer sind aber für jeden Sachkundigen in die Augen springend und daher erklärt sich die schnelle Einführung derselben überall da, wo erst einmal mit der Verwendung der Anfang gemacht ist.

Die erste Veranlassung zur Einführung der Hölzer mag die Thatsache gegeben haben, daß die den Bau der Schiffe überwachenden Klassifikations-Gesellschaften solchen Schiffen, welche mit yellow-pine-Balken und Außenplanen versehen sind, dieselbe Festigkeit und Dauer zusprechen, wie denjenigen Schiffen, bei welchen diese wichtigen Theile aus Eichenholz bestehen. Da nun die Urtheile dieser Gesellschaften für die betheiligten Kreise so maßgebend geworden sind, daß auf Grund der von diesen Gesellschaften geführten Register der Affekuranz-Gesellschaften höhere und niedrigere Prämien berechnen, die Kaufleute bessere und schlechtere Frachten zahlen, so wurde bei der Schwierigkeit, untadelhaftes Eichenholz in größeren Quantitäten zu schaffen, das yellow-pine in Deutschland viel zum Schiffsbau bezogen und in den Seestädten wohl zuerst auch zu Fußböden verwendet.

Pinus australis wird in den Niederungen der Vereinigten Staaten von Nord-Carolina südwärts gefunden. Dieser Baum ist dort allgemein unter dem Namen yellow-pine bekannt. Derselbe zeichnet sich durch auffallend schlanken Wuchs und hohes Alter aus. Die Stämme liefern Bretter und Bohlen bis zu 60 Ctm. Breite, fast splint- und astfrei. In Folge der engen und festen Jahresringe ist das Holz sehr dauerhaft und wetterbeständig. Dasselbe ist von schöner, reiner und gleichartiger Farbe, so daß ein deckender Anstrich, obwohl gut ausführbar und haltbar, nicht nöthig ist.

In den Exporthäfen wird das yellow-pine häufig mit pitch-pine bezeichnet, während in Wirklichkeit pitch-pine eine Abart von weniger schlankem Wuchs ist, deren Holz dunkler, harziger und schwerer, zu Fußböden und Tischlereizwecken weniger geeignet ist.

Das Holz wird in Amerika und überall, wo es eingeführt ist, wegen seiner Dichtigkeit, Leichtigkeit und Wetterbeständigkeit hochgeschätzt. Außer zu Tischlerarbeiten, namentlich zu Jalousien, Paneelen, Thüren, Fenstern, Fensterläden wird es in Amerika zu Fußböden, namentlich auch auf feuchtem Untergrund, zu Eisenbahnschwellen u. verwendet. Es hat sehr schöne Maserung, läßt sich färben und gut poliren. Wegen seiner Wetterbeständigkeit und Astfreiheit wird das Cypreßholz unzweifelhaft zu Fenstern, Thüren und anderen Tischlerarbeiten auch bei uns künftig größere Verwendung finden. Der Import dieses Holzes kann als ein unschätzbare Gewinn für den inneren Ausbau der Gebäude angesehen werden. — Das spezifische Gewicht des Cypreßholzes ist 0,53 d. h. ungefähr die Hälfte so schwer, wie die von ihm verdrängte Wassermenge, und ist dasselbe wegen dieses geringen Gewichtes außer zu Thüren auch zum Wagenbau bereits beliebt geworden. In der kaiserlichen Marine werden jetzt die Deckplanken der Schiffe, die bisher aus Ostsee-Kiefer und yellow-pine beschafft wurden, von Cypreß hergestellt, weil letzteres Material sich namentlich über den heißen Kesselräumen durch sein geringes Schwinden bewährt hat.

Die Cypresse steht in den großen Niederungen im Sommer fast wurzelfrei, d. h. der obere Theil des mächtigen Wurzelbaues der stattlichen Stämme ragt weit aus dem Sumpf hervor. Der eigentliche Stamm beginnt häufig erst 4 bis 5 Mtr. über dem Terrain, bis zu welcher Höhe gewöhnlich das Frühjahrswasser steigt. Wenn die Winterwässer verlaufen sind, und vor Eintritt der Saftzeit werden die zu fällenden Bäume über der Wurzel und über dem später eintretenden Wasserstand gebellet, d. h. es wird rings um den Stamm ein borkefreier Gürtel hergestellt und hierdurch das Aufsteigen des Saftes gehindert. Der beim nächsten Hochwasser von Bötten aus gefällte Stamm schwimmt nun, — während Stämme, in die der Saft hat eintreten können, sinken, — wird auf flaches Wasser gebracht, scharfkantig bearbeitet und je nach den Umständen mit yellow-pine zusammen in Flößen dem Strome zum Transport übergeben. Diese Flöße, welche auf den kleinen, im Frühjahr gewaltig anschwellenden Flüssen der Küste zugeführt werden, haben nicht, wie bei uns, die Form eines Rechtecks, sondern die Stämme sind zu einem Rechteck verbunden. Eine solches Floß wird, nachdem es vom Eigenthümer gehörig gezeichnet ist, nach der Mitte des Stromes gebracht und seinem Schicksale überlassen. Der Strom kann das Floß bei der achteckigen Form desselben überall leicht vom Ufer freikreiseln, falls es auf seiner auffichtlosen Fahrt an das Ufer stoßen, oder sich daran festlegen sollte. Kurz oberhalb der Verschiffungshäfen werden die Flöße vom Eigenthümer aufgesaugen, die Stämme zum Theil geschnitten, die gewonnenen Bohlen und Bretter vor der Verladung erst aufgestockt und längere Zeit der tropischen Hitze ausgesetzt.

Die überseeischen Firmen entsenden und beschäftigen dauernd Vertreter in den Südstaaten, die in dortigen Wäldern nur das beste Material werben und verschiffen, was um so nothwendiger ist, als bei den amerikanischen Hölzern, ebenso wie bei unserer Kiefer, der gemeinsame Name der Holzart gutes wie schlechtes Material deckt. Die Verarbeitung der Stämme und der in Amerika vorgetrockneten Bohlen und Bretter erfolgt in Europa durch sehr leistungsfähige Säge-, Spund-, Hobel- und Fraise-Maschinen; daselbst werden sodann die Hölzer sorgsam gepflegt. In sehr wirksamen Trockenkammern wird das Gewicht und Volumen des zubereiteten Materials in kurzer Zeit auf ein Minimum reduziert. A.

Die größte Streichhölzfabrik der ganzen Welt. In Schweden giebt es eine Stadt, in welcher nur Streichhölzer fabrizirt werden und welche durch keine andere an Produktionsfähigkeit übertroffen wird. Diese Stadt, Lidabolen, in der Provinz Skaraborg, hat nur 3300 Einwohner, welche fast alle auf dem Werke „Vulkan“ mit der Herstellung von Bündhölzern beschäftigt sind. Dieses Werk ist unstreitig die größte Bündholzfabrik der ganzen Welt. Es werden nach einer uns zugegangenen diesbezüglichen Mittheilung des Patent- und technischen Bureaus von Richard Lüders in Görlitz von diesem jährlich 600 000 Kubikfuß harziges Holz verbraucht, welche in Milliarden kleiner Holzstäbchen zerschnitten und mit der zündbaren Masse versehen werden. Die Durchschnittsproduktion ist täglich 200 Mill. Streichhölzer, welche im Jahre eine Leistung von 73 Milliarden ausmachen. Dreihundert elektrisch betriebene Maschinen stellen jeden Tag mehr als 900 000 Schächteln für die Streichhölzer her. Das Gewicht der auf dieselben geklebten Etiquetts beträgt jährlich 124 000 Kilogramm und dasjenige des für die Schächtelchen verbrauchten Leimes übersteigt 18 000 Kilo.

Aus den Ortsvereinen.

Themar. Der hiesige Ortsverein der Tischler und verw. Berufsgenossen hatte schon für Montag, den 28. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, eine Tischlerversammlung einberufen und zu derselben sämmtliche in den beiden hiesigen Möbelfabriken beschäftigten Arbeiter eingeladen. Folgende Forderungen wurden in dieser Versammlung aufgestellt: 1. Abschaffung des Konventionvertrages zwischen den beiden hiesigen Fabrikanten, wonach dieselben sich gegenseitig verpflichtet haben, nicht eher vom anderen einen Arbeiter einzustellen, bevor er nicht acht Wochen zuvor vom anderen Fabrikanten entlassen ist, bei einer Strafe von 100 Mk. 2. Einführung der 59stündigen Arbeitszeit statt der bisher 60stündigen. 3. Einen Zuschlag von 25 Prozent für Ueberstunden, sowie Fortfall freiwilliger Ueberstunden. Diese Forderungen werden wir in Gemeinschaft mit der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes durchführen. Vorstehende Forderungen wurden denn auch am 20. Juni den beiden Fabrikanten zugesandt und bis Sonntag, den 24. Juni, Antwort an die Lohnkommission erbeten. Diese Frist ist jedoch verstrichen, ohne daß sich die beiden Fabrikanten bewegen fühlten, mit der Lohnkommission in Verbindung zu treten. Die Kommission wurde daher am Montag, den 25. Juni, bei den Fabrikanten vorstellig, erhielt aber eine ablehnende Antwort. Am 26. Juni fand eine Versammlung statt, in welcher die Kommission Bericht erstattete, wonach beschlossen wurde, Sonnabend, den 30. Juni, die Kündigung einzureichen. Dieselbe wurde aber noch kurz zuvor verschoben, weil die Kommission noch am Sonntag, den 1. Juli, in Gemeinschaft eines Herrn Papp (Erfurt) vom Holzarbeiterverband vorstellig werden sollte. Jedoch da auch dann kein anderes Resultat erzielt wurde, so wurde die Kündigung am Montag, den 2. Juli, überreicht, und zwar nur in der Fabrik des Herrn Klubscheid, da in der anderen Fabrik nicht genügend Unterschriften zusammen kamen.

In der am 23. Juni stattgefundenen öffentlichen Ortsvereins-Versammlung hielt Genosse Albert Schröter (Halle) einen Vortrag über Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen. In der darauf folgenden Diskussion kamen leider nur persönliche Angelegenheiten zum Austrag von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes gegen Gewerksvereinsmitglieder, die aber in gebührender Weise zurückgewiesen wurden. Während der Diskussion ging nachstehende Resolution ein, welche einstimmige Annahme fand:

„Die heute im „Hotel drei Rosen“ tagende Tischlerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sie erhebt energischen Protest gegen den Konventionvertrag zweier Fabrikanten und erklärt einstimmig, die Forderungen aufrecht zu erhalten.“ M.

In Nr. 25 der „Eiche“ war in einem von dem Ausschuss unseres Ortsvereins der Tischler Bromberg eingesandten Bericht über den Ausgang des dortigen Ausstandes der Tischler zugleich das Verhalten eines Abgeordneten des Holzarbeiterverbandes geschildert, das diesem Herrn nun Anlaß gegeben hat, Nachstehendes zur Aufnahme uns einzulenden:

Rixdorf den 30. Juni 1900.

Zur Berichtigung!

In No 25 der Eiche wird vom Bromberger Tischlerstreik berichtet, das die Einigungs-Bedingungen angenommen werden mußten; da der Holz Arbeiter Verband durch einen Herren Boeske Berlin vertreten; die Lohn Bewegung Schwierigkeiten bereitet hat, dadurch, das der betreffende Herr die Streik Unterstützung geschmählert hat bis auf 5—7 Mk. an Verheiratete Kollege Und sich dabei aber sehr gut Bedacht habe. Ich Erkläre das selbe für eine grobe Lüge. Und werde, falls die Berichtigung nicht aufgenommen wird, von den Herren den Wahrheits beweis verlangen.

Es ist gezahlt worden an Verheiratete Kollegen 12 Mk. Unverheiratete 9 Mk. laut Statut Die noch nicht die Karenzzeit überschritten haben Verheiratete 9—10,50 Mk. je nach zahl der Kinder Unverheiratete 7 Mk. Die Kollegen die Bernd dem Streik beigetreten, habe habe dasselbe bekom. Außerdem habe ich in der Woche an Verschiede Kollegen von Verbad Wo Noth vorhanden war Extra Unterstützung gezahlt. 3—4 Mk. Außerdem ist an durch und Abretende Kollege 166 Mk. ausgezahlt. Dieses Erhaltene Geld, hat jeder Empfänger Mit seinen Namen unterschrieben. So liegen die Thatachen und nicht wie die Herren vom Ausschuß Schreiben. Das die Herrn den Generalkath betrogen haben, davon steht kein Wort drin. Mehr Streikende Mitglieder angeben, als in der That Streiken um so zu gelde zu kommen Wer von den Streikende nicht zu Kontrolle gekom ist hat doch sein Kreuz in die List bekommen aus freundschaft Und Sonnabend sein Geld. So führen wir keine Streiks bei Uns geht es streng und Ehrlich zu

Dieses Bitte ich zu Berichten

Emil Boeske Rixdorf Hermannstraf 200 I Trp. n.

Zu dieser „Berichtigung“ des Herrn Emil Boeske erklären Unterzeichnete, daß gerade durch das Auftreten des vom Holzarbeiterverband entsandten vorgeannten Herrn die Einigungsbedingungen angenommen werden mußten, indem derselbe gegen unsere Kommissionsmitglieder zum Schaden der Lohnbewegung arbeitete. Aber auch die Unterstützungen waren seitens der Zahlstelle jenes Verbandes zu gering bemessen, was wir, als der Wahrheit entsprechend, aufrecht erhalten. Umso mehr, als diese Angaben uns von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes selbst gemacht wurden. Was die Reiseunterstützung anbetrifft, so haben wir heute, am 4. Juli, von dem stellvertretenden Kassirer jener Zahlstelle, Herrn Stuhnert, erfahren, daß nur etwas über achtzig Mark für diesen Zweck gezahlt wurde. Die Extraausstützung von 3—4 Mk., welche in der „Berichtigung“ erwähnt wird, ist nur gegen Schuldschein gezahlt, welche natürlich zurückgegeben

werden muß. Wir hatten in unserem Verein nur einen Streikbrecher, während der Holzarbeiterverband deren acht hatte. In der dritten Woche des Streiks erklärte ziemlich die Hälfte der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes, sich Arbeit suchen zu wollen, da sie mit der geringen Unterstützung nicht auskommen könnten. Dieser Massenstreikbruch ist nur gescheitert an dem Beschluß der Jmmung, nach welchem in der betreffenden Woche keiner der Streikenden eingestellt werden sollte. Aus diesen Gründen waren wir gezwungen, einen Einigungsversuch einzuleiten, woraus nun leicht ersichtlich, daß nur die ungenügende Unterstützung von Seiten des Holzarbeiterverbandes einzig und allein der Grund gewesen, daß wir nicht sämtliche Forderungen erreicht haben. Die Beschuldigung, die in den Worten „mehr streikende Mitglieder“ gegeben wie in der That sind, um so zu Gelde zu kommen, liegt, weisen wir ganz entschieden zurück, was auch in den nächsten Tagen der eingehende Vierteljahres-Abschluß und die betreffenden Quittungen beweisen werden. Außerdem sind doch nur 55 Anträge bewilligt, während wir in der ersten Zeit 62 Kollegen zu unterstützen hatten, so daß von einer Mehrangabe keine Rede sein kann. Die indifferenten Mitglieder haben wir durch private Sammlungen der hiesigen Ortsvereine der Deutschen Gewerksvereine unterstützt. Für die Richtigkeit der Kontrolllisten übernehmen wir jede Verantwortung. Die ganze Berichtigung athmet nur den Geist der Organisation, welcher Herr Boeske angehört.

H. Mehle, Vorsitzender. R. Dreyke, Sekretär.

Wl. Mroczkowski, Beisitzer. St. Malachowski, Kassierer.

M. Wolnowski, Revisor.

Elberfeld. Am Sonnabend, den 30. Juni, hielt der hiesige Ortsverein der Tischler seine erste Monatsversammlung im neuen Vereinslokale, Arenberger- und Breitestr.-Ecke, ab. Nach Verlesung der Protokolle und nach Mitteilung des Kassenberichts seitens des Kassiers erteilte der Vorsitzende, Gen. Eichel, unserem Generalratsmitgliede Gen. Schumacher (Düsseldorf) das Wort zu seinem Vortrage. Redner erläuterte zuerst die hiesigen Verhältnisse, sprach über Arbeiterstatistik, die noch zu mangelhaft gehandhabt würde, bedauerte, daß der Arbeiter noch nicht so weit vorgeschritten, um seine Lage richtig zu begreifen, und regte an, durch bildende Vorträge in den einzelnen Ortsvereinsversammlungen die Mitglieder mehr aufzuklären. Redner erläuterte sodann das Wesen der Arbeitslosigkeit wie die Herbeiführung kürzerer Arbeitszeit und stellte zum Schluß Vergleich über die einzelnen Arbeiterorganisationen zu den Deutschen Gewerksvereinen an. Die anwesenden Genossen ersucht Redner, recht kräftig in die Agitation einzutreten, auf daß auch der hiesige Ortsverein blühe und gedeihe. — An diesem interessanten Vortrag schloß sich eine längere Diskussion, an der sich mehrere Genossen beteiligten. Schließlich sei noch zu erwähnen, daß in Zukunft die Versammlungen noch etwas zahlreicher besucht werden mögen, damit auch der hiesige Ortsverein der Tischler ein starkes Glied in unserem Gewerksverein werde.

Gen. Schumacher sei aber an dieser Stelle nochmals der beste Dank abgestattet. Georg Henne, Sekretär.

Striegau. Durch die in Nr. 27 der „Eiche“ an alle Genossen des Gewerksvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen gerichteten Abschiedsworte der aus ihren Ämtern geschiedenen altbewährten Herren Liebau und Wulff allgemein gerührt, spricht die heute, am 7. Juli, tagende Versammlung den Scheidenden für ihre langjährige Tätigkeit und Hingebung in unserer guten Sache den aufrichtigsten und wärmsten Dank aus.

Gleichzeitig beglückwünscht die Versammlung die in ihre neuen Ämter eingetretenen Genossen, Herren Bambach und Gagner, in der Hoffnung, daß es denselben ermöglicht sei, mit aller Kraft an dem Ausbau unseres guten Werkes, der Gewerksvereinsache, recht lange und mit Erfolg zum Segen unserer Mitglieder schaffen zu können.

Der Ausschuß. J. A.: H. Schönfelder, Sekretär.

Berlin. Protokoll der Sitzung der gemeinsamen Kommission der Ortsvereine der Tischler zu Berlin und Charlottenburg. Verhandelt am 5. Juli 1900, Grünstr. 20. Der Vorsitzende, Gen. Burkhardt, eröffnet die Sitzung 8 1/2 Uhr Abends. Die Tagesordnung lautet: 1. Vierteljahresbericht, 2. Arbeitsnachweisbericht, 3. Geschäftliches. 1. Der vom Gen. Feist verlesene Kassenabschluß pro 2. Vierteljahr 1900 schließt mit einer Einnahme von Mk. 122,32 und einer Ausgabe von Mk. 119,88 ab, so daß ein Bestand von Mk. 2,44 verbleibt. Die Mitgliederzahl beträgt 637. 2. Gibt der Arbeitsvermittler, Gen. Labath den Bericht über den Arbeitsnachweis. Es liefen im 2. Quartal 40 Arbeitsangebote ein, denen 128 Nachfragen gegenüberstanden. Besetzt wurden 35 Stellen, davon 23 durch Nichtmitglieder. Aufgenommen wurden durch den Arbeitsnachweis zwei Mitglieder. 3. Es entspinnt sich eine längere Debatte über die am Vorort und seiner näheren Umgebung zu betreibende Agitation. Der Versuch in Schöneberg einen Ortsverein unseres Berufes zu gründen, ist bisher noch nicht gelungen, trotzdem die Kommission keine Mühe gescheut hat, um ihr Vorhaben durchzuführen. Der Indifferentismus der Berufskollegen ist zu groß, da von den ca. 200 abgesandten Flugblättern und Einladungen zu Besprechungen nur wenige derselben gefolgt sind. Es wurde beschlossen, am 19. Juli eine außerordentliche Kommissionsitzung abzuhalten, um über weitere Agitation zu be-

rathen. Im Weiteren liegt ein Antrag vom Ortsverein der Piano- fortearbeiter vor; derselbe soll dem Redakteur der „Eiche“ zur Beantwortung überwiesen werden. Schluß der Sitzung 11 1/4 Uhr.

G. Mühle, Schriftführer, Rüggenstr. 11 III.

Patentliste

aufgestellt durch das Patentbureau von Richard Lüders in Görlitz.*)

Patent-Anmeldungen:

- H. 22 707. Doppelhenkel für Koffer und dergl. — Peter Held, Kirchheimbolanden.
- H. 23 606. Geschirr-Waschmaschine. — Siegfried Haas, Hannover.
- B. 26 050. Maschine zum Entschuppen von Fischen. — Hugo Buchan, Zeipe b. Lübbenau.
- V. 13 456. Verfahren und Vorrichtung zur Herstellung von Holz- oder steinartigen Gegenständen aus Feuerstoffen (Torf, Cellulose, Kork u. dgl.) — Nikolaus Reif, Hannover.
- S. 12 975. Anfeuchtvorrichtung für Markenaufkleber. — Carl Alfred Sundstrom, Manapunk, Penns., B. St. A.

Patent-Ertheilungen:

- 113 306. Petroleumdampfofener. — L. Marstrand, Kopenhagen.
- 113 352. Sägenführung. — G. Clemens, Barmen.
- 113 353. Sägeangel für Horizontalgatter. — G. Bauer, Westig i. W.
- 113 350. Vorrichtung zum Ausbohren von Spundlöchern und Einsetzen von Spundringen. — M. Kaimann, Freiberg i. Baden.
- 113 290. Spielzeug in Form einer Schlange, Eidechse oder dgl. — F. Springmeier, Düsseldorf.

Gebrauchsmuster-Eintragungen:

- 135 876. Spazierstock aus gezogenem dünnwandigen Metallrohr mit den ganzen Stockkörper ausfüllender, schalldämpfender Einlage. — G. Rau, Pforzheim.
- 135 128. Aus zwischen zwei Metallstäben gefaktem Drahtgewebe mit ungesalzten Rändern bestehender Fenstervorhang. — Eduard Otto, Jena.
- 135 655. Bettstellverbindung, bestehend aus zwei Schienen mit ausgestanzten, ineinander greifenden Lappen. — Sebastian Buz, Sinnthalhof b. Brückenau.
- 135 808. Haspel mit breitem, gewölbtem, taschenförmigem Sieb. — F. C. Jenses, Remscheid-Hasdenbach.
- 135 831. Behälter für Schreibgeräte und dgl. aus einer kanonenähnlich gestalteten Büchse mit dem Verschluss derselben bildendem Tintenfaß. — Bühler & Co., Nürnberg.

*) Auskünfte ohne Recherche werden den Mitgliedern wie Abonnenten dieser Zeitung durch das Bureau kostenfrei erteilt

Auskunftei der „Eiche“.

Auskunft in allen Fragen des praktischen Lebens erteilen wir unseren Mitgliedern gern umsonst, schnellstens und gewissenhaft

in der Auskunftei: sobald die Anfrage von allgemeinem Interesse ist,

schriftlich: sobald es sich um persönliche Angelegenheiten handelt.

Wird schriftliche Antwort gewünscht, dann ist der Anfrage ein mit der Adresse versehenes und postfrei gemachtes Briefumschlag beizufügen.

A. R. in Bromberg. Durch die in dieser Nummer zum Abdruck gelangende „Berichtigung“ des Herrn G. Boeske (Müldorf) dürfte das Eingefandte erledigen.

M-g. w. Eine Buchhalterin, die gegen freie Station bei Ihrem Vater beschäftigt wird, kann sich, wenn sie noch nicht 40 Jahre alt ist, freiwillig gegen Invalidität versichern, vorausgesetzt, daß es sich um eine wirkliche Beschäftigung handelt. Die Dame hat sich zu dem Zwecke eine graue Invaliditätskarte bei der Polizei ausstellen zu lassen und kann dann Invaliditätsmarken jeder Klasse kleben. Wenn sie 500 Marken geklebt hat, also nach zehn Jahren, falls sie wöchentlich eine Marke klebt, hat sie die Wartezeit für eine Invalidenrente erfüllt, die sie erhält, wenn sie arbeitsunfähig wird.

Kollege Albert. Ist ein Sparkassenbuch durch Verlust oder Diebstahl abhanden gekommen, so ist zur Verhütung von Nachteil dem Rendanten der Sparkasse sofort davon Kenntnis zu geben, welcher durch einen Vermerk in den Büchern der Sparkasse das Buch außer Kurs setzt. Dies hat zur Folge, daß bei Präsentation des Buches dasselbe dem Präsentanten abgenommen wird und die Interessenten mit ihren Ansprüchen an das Gericht gewiesen werden. Gegen die Auszahlung an einen Dritten kann sich der Einzahler auch durch einen in das Kassenbuch einzutragenden Vermerk, „daß die eingezahlten Beträge nur ihm allein oder seinen legitimierten Erben ausbezahlt seien,“ jederzeit sichern. —

A. W. Wenn Ihr Schwager die Wartezeit nicht erfüllt hat, d. h. wenn er in seinen Quittungskarten nicht mindestens 200 Beitragswochen durch Marken und bescheinigte Krankheiten nachzuweisen im Stande ist, dann hat er keinen Anspruch auf Invalidenrente und ein Einspruch gegen die Entscheidung ist aussichtslos. Vielleicht ist aber der Zustand auf einen Unfall zurückzuführen.

Seuilleton.

Der Lohwirth von Sand.

Eine Reiseerinnerung von Willy Weber.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

„Modern“ schien des Alten Stichwort zu sein; das hatte das Eis gebrochen, denn er fuhr unaufgefordert fort:

„Schlecht war er nit, der Gostner, aber die G'sellschaft aus der Stadt, die hat ihn verdorben. Als der Vater todt war, ging's Lotterleben los. Da is g'fahr'n wor'n nach Innsbruck, nach München, nach Berlin, — doas war modern. Und mit dem Husten is er zurück kumma. In Bozen drunten hat er dann die seine G'sellschaft gefunden: Faulenzen und Lagedieb', aber g'schniegelt und g'puzt, und da war's aus. Wenn er nit mehr mithalten wollt, haben's ihn verlacht und doas konnt er nit vertragen, denn er hat an' Ehr' im Leib. Die Wirthschaft hab' ich besorgt, so gut ich's vermocht! Wenn der Vater selig gewußt hätte . . . Und der Husten wurde schlimmer und das Trinken ärger, — — — am Sonntag haben's ihn aufgetragen nach dem Kirchhof.“

Ich machte eine Geberde des Mitleides und öffnete den Mund zu einigen theilnehmenden Worten.

„Nit wegen mir erzähl' ich doas,“ winkte er ab, „aber die Genzi, doas ist das Unglück —“, er machte verzweifelte Anstrengungen, um seiner plötzlich auftretenden Schlingbeschwerden Herr zu werden.

Jetzt war mir Alles klar: Der Alte war schon das Faktotum des Hauses gewesen bei Lebzeiten des Vaters des jetzt Verstorbenen. Dieser war in schlechte Gesellschaft gerathen, hatte das Vermögen seiner Eltern leichtsinnig zertrümmert und war schließlich an seinem Lotterleben zu Grunde gegangen. Eine Mischung von Leichtsinne und Energielosigkeit, der „Salontyroler“, wie er nicht auf der Bühne, sondern leider auch im Lande selbst hin und wieder auftaucht. Und die Genzi? Wahrscheinlich hatte sie den Gostner geliebt, geliebt mit der Kraft eines starken Herzens. Ich beschloß, mir Klarheit zu verschaffen.

„Ein Unglück ist's,“ knüpfte ich an seine letzten Worte an. „Ja, und die Genzi?“

„Herr,“ schluchzte er, „die hat er auf'm Gewissen. Sie stammt aus Innsbruck, er hat sie herg'bracht, er hat ihr Alles versprochen. Sie hat daran geglaubt. Sie hat gebeten, gefleht, geweint, — er hat sich nicht geändert. Heute hat er Alles versprochen, morgen alle Versprechungen gebrochen. Sie hat ihn gepflegt bis zum letzten Athemzuge, — und jetzt . . .“

Er konnte den Satz nicht vollenden, denn Genzi trat wieder herein. In der Hand hielt sie einen geöffneten Brief, der eben angekommen sein mochte. Sie wandte mehr als sie ging nach dem Tisch, ein Ausdruck der Hülfslosigkeit lag auf ihrem Gesicht.

„Sepp,“ hauchte sie, „aus is! Morgen kommt die Kommission vom Gericht, 's wird Alles abtaxirt, dann geht's an's Vergantent.“

Damit hielt sie ihm das Schreiben hin. Der Alte vermochte es nicht zu ergreifen, so zitterten seine Hände.

„Vergantent,“ stammelte er, — „Vergantent. Doas ist's Ende vom Lohwirthshaus.“ Er blickte stieren Auges nach Genzi, welche diesem Blicke vergebens auszuweichen suchte. Dann sank er wie gebrochen auf die Bank zurück.

Genzi wandte sich mir zu, sie hatte sich halbwegs wieder gefaßt.

Es war kein schlechter Mensch, der Lohwirth, ich habe ihm längst verziehen. Hat Sie der alte Sepp beleidigt, so bitte ich an seiner Stelle um Entschuldigung, er hängt mit rührender Bärtlichkeit an mir und hätte es zu gerne gesehen, wenn . . .“ Es traten ihr wieder Thränen in die Augen, die sie mit Noth und Mühe zurückdrängte. „Ich fahre heute Abend noch nach Innsbruck, dort werde ich schon Unterkunft finden. An das Leben stelle ich keine Ansprüche mehr, mit dem habe ich abgeschlossen.“ Sie reichte mir die schmale, schlanke Hand, ein kaum merkbares Neigen des Kopfes und schon hörte ich das Klatschen des Kleides auf der Treppe.

Ich machte mich auch marschfertig. Mit dem landesüblichen Gruß wollte ich dem Alten die Hand drücken. Der rührte sich nicht. Erst als ich ihn derb an der Schulter schüttelte, hob er den Kopf. Himmel, welche Veränderung war mit ihm vorgegangen! Nicht hundert, nein tausend Fältchen gruben sich in das Gesicht ein, dessen Farbe der einer Mumie glich. In den Augen flackerte es unheimlich, der Unterkiefer hing schlaff herab. Schweißtropfen klebten die Haarsträhnen an die Schläfe.

„Herr,“ stammelte er, „aus is, — wir san auf der Gant. Mei Schuld is doas nit, der Genzi ihre auch nit, 'bleibt auf dem Gostner Börgl sitzen und der kann sich nicht mehr vertheidigen. „Modern“ wollt' er sein, doas hat den Lohwirth unter die Erden gebracht. Nit für unguat, oaber Sie hab'n mir aus der Seelen gesprochen vorhin. Behüt Ent Gott . . .“

Ich dankte, drückte ihm die Hand und war schon an der Thür. Da war er mit großer Behendigkeit aufgesprungen und mir nachgeeilt.

„Herr,“ zischelte er mir in's Ohr, „vergantent wird's Lohwirthshaus nit, so lange ich noch einen Finger rühren kann,“ — er lachte verschmüht und schlich wieder nach dem Tisch zurück.

Der Himmel hatte sich ziemlich geflärt. Als ich den „Schwarzen Greiff“ wieder erreichte, „erfutirte“ die Kapelle der Feuerwehr endlich das längst angekündigte Konzert. Während des Schlußmarsches ging ich in mein Zimmer. Als ich mich anzukleiden begann, hörte ich noch deutlich die lustige Marchweise. Plötzlich aber mischte sich ein scharfer Trompetenstoß dazwischen, die große Trommel verstummte, die Becken klirrten noch einmal zusammen, dann wieder ein Trompetenstoß, dem eine allgemeine Dissonanz folgte. Ich trat zum Fenster: Da unten hatte sich ein toller Wirrwarr entwickelt. Die Musiker hingen ihre Instrumente an das Gitter, welches das Denkmal Walthers von der Vogelweide umschließt, mitten auf dem Plage stand der Signalist und blies Alarm, ein zweiter gab das Signal an der Ecke der Bahnhofstraße weiter, das Publikum rannte planlos durcheinander. Noch ehe ich das Fenster öffnen konnte, schlug die Kirchenglocke an, — ich brauchte nur einen Blick hinauszumerfen: gegen Süden lohte es feurig zum Himmel.

Ich eilte hinunter. „'s ist drüben im Gries,“ meinte der Hausdiener. „Die Flammen kamen schnell hoch, Heustad'ln wern's sein.“

Hinter den dem Brandheerd zueilenden Menschen hastete ich her. „In Gries is doas nit,“ rief ein Feuerwehrmann dem anderen zu. „In Sand, da herüben in Sand,“ ertönte eine Stimme, laut genug um durchzudringen. „'s Lohwirthshaus ist's,“ schrie ein Feuerwehrmann, der schon kehrt gemacht hatte, „wir müssen zurück über die Brücken, der Steg halt die Spritzen nit aus.“

Die Menge wandte sich seitwärts, um die Brücke zu erreichen, ich aber stürmte vorwärts über den Steg. Das Lohwirthshaus stand in hellen Flammen, es war rettungslos verloren. Als die Feuerwehr von der Brücke her ankam, galt es nur mehr, die letzte Gluth zu dämpfen und die Aufräumungsarbeiten vorzunehmen. Es wurde bei denselben sehr vorsichtig zu Werke gegangen, weil Niemand wußte, ob zur Zeit der Katastrophe Menschen in der Schenke gewesen waren. Nach langem Suchen wurde dicht beim Ofen ein bis zur Unkenntlichkeit entstellter Leichnam entdeckt, er war nicht mehr zu rekonoszieren. Daneben lag das Messingschloß des Gürtels, den der Alte wenig Stunden zuvor noch getragen hatte.

Die Gerichts-Kommission stellte fest, daß Georg Gostner, der Lohwirth von Sand, keinerlei „Aktiva“ hinterlassen habe. Die vielgequälte Kommission mußte es auch noch erleben, daß am Termin der Vergantung nicht ein Mensch erschien, um ein Gebot abzugeben auf die Ruinen des Lohwirthshauses . . .

Ämtlicher Theil.

55. Bureauführung.

Verhandelt Berlin den 9. Juli 1900, Vormittags 9¹/₂ Uhr.

1. Breslau I. Die beantragte höhere Entschädigung für die Krankenkontrolle des Mitgliedes 1205 A. Demmig in Gräbchen ist in Höhe des § 74 der Geschäftsordnung bewilligt.

2. Berlin VI. Das eingegangene Schreiben wird dem Generalrath überwiesen.

3. Düsseldorf. Von dem Schreiben des Gen. Schumacher ist

Kenntniß genommen worden; dasselbe wird dem Generalrath vorgelegt werden.

4. Betschau. Dem Mitgliede 6313 Winkler wird die beantragte Stundung lt. Statut § 6 Abs. 2, dem Antrage des Ausschusses gemäß, auf die Dauer von 4 Wochen bewilligt.

5. Kaiserlautern. Von den eingegangenen Schreiben des Kassirers K. Rau, der Revisoren Glack und Meyer sowie des Vorsitzenden Hertel ist Kenntniß genommen und werden dem Generalrath vorgelegt werden.

6. Rixdorf. Infolge eines Schreibens des Sekretärs J. Alex wird das Hilfsfondsgefuch des Mitgliedes 5125 Grimm dem Generalrath vorgelegt.

7. Berlin (Erster). Das Schreiben des Vorsitzenden Burckhardt wird dem Generalrath überwiesen.

8. Themar. Der Bericht über den Stand des zu erwartenden Streiks wird mit dem Bericht des Gen. Schröter (Halle) über diese Angelegenheit dem Generalrath vorgelegt.

9. Rothenburg. Auch dieser Bericht wird dem Generalrath vorgelegt.

10. Neckarsulm. Das Schreiben des Kassirers W. Pfitsch wird, um dem Wunsche desselben zu entsprechen und um Klärung in diese Sache zu bringen, dem Generalrath überwiesen.

11. Langenöls. Das Schreiben betreffs einer Kopirpresse muß dem Generalrath unterbreitet werden.

12. Düsseldorf. Von der Mitteilung des Sekretärs F. Langwaldt, worin derselbe meldet, daß der Prozeß betreffs Entschädigung wegen Körperverletzung von ihm gewonnen ist, wird dem Generalrath Bericht gegeben werden.

13. Spandau. Das Schreiben der Verwaltungsstelle betreffend Krankenkontrolle wird dem Vorstände überwiesen.

14. Baugen. Dem Antrage des Mitgliedes 179 Gerstenberger behufs seines Eintritts von Stufe II in Stufe III kann erst stattgegeben werden, wenn eine neue Karte mit dem Ergebnis der nochmaligen ärztlichen Untersuchung hier eingefandt wird.

15. Dem Hilfsfondsgefuche 6293 Karl Fritsche - Wetschau kann nicht stattgegeben werden, da das betreffende Mitglied in Berlin (Nord) gemeldet ist. Die Gesuche der Mitglieder 3761 August Welfer-Laupheim, 5055 Gustav Horn-Rawitsch, 3501 Julius Rausch-Königsberg werden dem Generalrath unterbreitet.

16. Kahl. Der Ueberstiedelungsantrag 3863 Max Voigt muß verlagert werden, bis der Frachtschein eingefandt ist.

17. Ueberstiedelungshilfe für 3980 Nidel - Siegnitz ist bewilligt und wird an Reisegeld von Siegnitz bis Neusalz (Oder) für 104 Kilometer Mk. 4,68, für Ueberführung der Wirkschaft Mk. 14,40, zusammen Mk. 19,08 von der Hauptkasse gesandt werden.

18. Arbeitslosen - Unterstützung ist zu zahlen den Mitgliedern: 3305 Dinges - Kaiserlautern v. 23. 6. (Beitragabst. 25. W.); — 3980 Nidel - Siegnitz v. 9. 7. (Beitragabst. 27. W.); — 3417 G. Schulz - Königsberg v. 7. 7. (Beitragabst. 27. W.); — 3904 H. Splinter - L. Lindenau v. 9. 7. (Beitragabst. 27. W.).

19. Berlin VI. Mitglied 934 Walter Luz ist am 23. 6. ausgesteuert.

20. In Arbeit gemeldet die Mitglieder: 5098 Jenksch am 3. 7., 5105 Nizge am 2. 7., beide Rixdorf.

Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr Nachmittags.

Das Bureau:

M. Liebscher,
stellv. Vorsitzender.

Emil Gafner,
Schatzmeister.

P. Bambach,
Generalsekretär.

Versammlungen.

Juli.

- Ausbach II (Wüttner). 14. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Tiger“. Beitrag.
- Augsburg. 14. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Cafe National“, Obstmarkt. Gesch.
- Baugen. 21. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. Stadt Pitzau“. Beitrag., Gesch.
- Berlin (Erster). 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Viertelj.-Ber.
- Berlin (Königt.). 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Koppenstr. 65. Gesch., Beitrag., Versch.
- Berlin (Moabit). 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Sprechhallen“, Kirchstr. 27.
- Berlin (West). 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Pulmitr. 10, Ecke Göttenstr. Beitrag.
- Berlin (Nord). 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Vereinsang.
- Berlin VI (Pianofortearb.). 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Rönickerstr. 158 im Hof. Gesch., Beitrag. — Am 22. Juli, Familienausflug nach Grünau. Abf. 9,35 Uhr Vorm. vom Görlitzer Bahnhof. Treffp. Rest. Lindenhain.
- Bredow. 14. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Glawe, Wilhelmstr. 71. Gesch., Versch.
- Breslau (Tischler). 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Fieber“, Höfchenstraße 35. Gesch. — Beitrag., jeden Sonnabend daselbst.
- Bromberg. 22. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Wichert, am Fischmarkt. Gesch., Versch.
- Bruchsal. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. Helmking“, Bahnhofstr. Versch.
- Charlottenburg. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Samusek, Windscheidstr. 29. Gesch.
- Cöln a. Rh. 22. Vorm. 10 Uhr, Vers. im „Nest. Lölgen“, Hohepfortel. Versch.
- Danzig. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstadt. Graben 9. Gesch., Beitrag., Versch.
- Dresden. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Frauenstr. 12, I. Gesch., Beitrag. u. A.
- Düsseldorf. 22. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. b. Hambücker, Ost- u. Steinstr.-Ecke.
- Duisburg. 22. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Pelzer, Friedrich-Wilhelmspl. Beitrag.
- Elberfeld. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Figge, Arenberg- u. Breitestr.-Ecke. Gesch. — Beitrag., nur in d. Versamml. von d. Mitgliedern selbst.
- Erfurt. 14. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Nest. z. Wilhelmshütte“. Beitrag., zc.
- Freiburg. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zum grünen Baum“. Gesch.
- Gleitwiz. 21. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Hüttengasthaus“. Gesch., Beitrag.
- Görlitz (Tischl.). 25. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Pilgerschänke“, Heilige Grabstr. Gesch., Beitrag., Versch.
- Göppingen. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest's Restaur.“ Gesch., Beitrag.
- Hagen. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Haarmann, Wehringhauserstr. 39. Gesch.
- Halberstadt. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Nest. zum Seydlitz“, Antonienstr. 19.

- Hirschberg. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zum goldenen Löwen“, am Markt. Beitrag., Gesch.
- Jena. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Cafeehaus“. Beitrag., Gesch.
- Kalk. 22. Vorm. 11 Uhr, Vers. im „Nest. Haupt“ Viktoriastr. 73. Gesch., Beitrag.
- Karlsruhe. 22. Vorm. 9 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. König v. Preußen“, Adlerstr.
- Königsberg. 14. Abds. 8 Uhr, Vers. Polnischestr. 12. Monatsbericht, Gesch.
- Landenberg I. 14. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Klatt, Paradeplatz. Beitrag., Gesch., Vierteljahresbericht.
- Landenberg II. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Zerbe, Priesterstr. 9. Beitrag. u. A.
- Langenbielau. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Adam“. Gesch., Beitrag.
- Langenöls. 21. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Pfeiffer. Gesch., Beitrag., Versch.
- L. Lindenau. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Hönisch's Saalbau“, Lühenerstr. 14.
- Leipzig-Ost. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Nest. z. Koblgarten“, Kronprinzenstr.
- Piegnitz. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Kaiserhof“. Beitrag.
- Pöbau. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Albertgarten“. Beitrag., Gesch.
- Sübeck. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zum weißen Korb“, Obere Mariesgrube 15. Gesch., Versch.
- Wauheim. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Halben Mond“. Gesch., Beitrag.
- W.-Gladbach. 22. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Breuer, Alter Markt. Gesch., Beitrag.
- Wienstadt (Westpr.). 22. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Freundschaftl. Garten“, Wallstr. Gesch., Beitrag. u. A.
- Nowawes. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Germaniasaal“, Wilhelmstr. 24.
- Patzkau. 21. Abds. 7 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. gelben Löwen“. Beitrag.
- Posen. 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Weltinger, Halbdorfstr. 16. Gesch., Versch.
- Rixdorf. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 199. Beitrag., Gesch.
- Rothenburg. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zur Sonne“. Beitrag.
- Rudolstadt. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz.“ Beitrag., Gesch.
- Schkeuditz. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Müller, Bahnhofstr. Gesch., Beitrag.
- Schmölln. 21. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Grell's Nest“, Bahnhofstr. Beitrag.
- Schötmär (Lippe). 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Odeon“. Gesch., Beitrag.
- Spandau. 14. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Sturm, Bahnhofstr. 1. Beitrag., Gesch.
- Sprottan. 21. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Berge“. Beitrag., Gesch.
- Stachfurt. 15. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Kalle, Güntenerstr. 3. Viertelj.-Bericht.
- Stolpmünde. 21. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Nothhafen“. Beitrag., Gesch.
- Striegau. 21. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum schwarzen Bär“. Beitrag.
- Ulm. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Steinbock“. Gesch., Versch.
- Wittenberg. 14. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Wildgrube, Juristenstr. Beitrag.

Anzeigen.

„Die Eiche“



Organ des Gewerkvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen

*** Jahrgang 1899 ***

auf feinem Schreibpapier gedruckt sauber gebunden, ist für Mitglieder, Vereins-Bibliotheken, wie Verbandsgenossen zum Preise von Mk. 3,— einschl. Porto durch die Expedition Berlin O., Münchebergerstrasse 15 II zu beziehen.

Tischlerschule Sternberg i. Mbg.

Gesucht werden drei ordentliche Arbeiter von August Pfersich, Kammsabrikant, Lindau i. Bodensee.

Der Arbeitsnachweis des Ortsverbandes Elberfeld befindet sich bei Herrn Figge, Breite- und Arenbergerstr.-Ecke.

Der Arbeitsnachweis des Ortsv. der Tischler Düsseldorf befindet sich Schwandenmarkt 2 im Sekretariat.

3-4 Tischler

erhalten sofort dauernde Beschäftigung bei Paul Ludwig in Löwenberg in Schlesien, am Markt.

Der gemeinsame * * *

* Arbeitsnachweis der Ortsv. d. Tischler Berlin I-VI sowie Charlottenburg, für Jedermann unentgeltlich, befindet sich jetzt Grünstraße 20, pt. Täglich geöffnet Vorm. v. 8-10 Uhr.

PATENTE
schnell und sorgfältig durch
RICHARD LÜDERS, PATENT-BÜRO in GÖRLITZ.